



POLITIK

Suche nach gemeinsamen Pfaden

15. Oktober 2018 Autor: Alexander Jungert

RHEIN-NECKAR. Nikolas Löbel (CDU, Wahlkreis Mannheim), Lothar Binding (SPD, Heidelberg), Michael Meister (CDU, Bergstraße), Lars Castellucci (SPD, Rhein-Neckar) und Doris Barnett (SPD, Ludwigshafen/Frankenthal) ziehen nach der Landtagswahl in Bayern Bilanz.

Was wird jetzt aus der Groko – haben Kanzlerin Angela Merkel und die SPD noch die Kraft, weiter zu regieren?

Löbel: Wir müssen jetzt gemeinsam die Kraft und den Willen aufbringen, endlich Politik für die Menschen zu machen. Doch leider stand diese große Koalition von Beginn an unter keinem guten Stern. Wenn die Regierung nicht so schnell wie möglich den Schalter umlegt, ist ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende.

Binding: Von uns aus: Ja! Die Frage ist, ob die Union auf einen gemeinsamen Pfad kommt. Leider ist Kanzlerin Angela Merkel in dieser Hinsicht sehr entscheidungsschwach, sie hat es nicht geschafft, die Zerwürfnisse in ihren Reihen aufzulösen.

Meister: Die Union hat die Kraft, Verantwortung für Deutschland zu tragen. Wir laufen nicht vor der Verantwortung weg.

Castellucci: Wir haben einen Koalitionsvertrag – und wir sind bereit, diesen zu erfüllen. Der Streit innerhalb der Union hat jede Sacharbeit überlagert. Wir können aber auch nicht jede Woche diese Koalition infrage stellen. Wir haben uns vorgenommen, im nächsten Jahr eine

Zwischenbilanz zu ziehen. Bis dahin besteht die Chance, dass ein Neustart gelingt.

Barnett: Das Ergebnis lässt sich für keine der Koalitionsparteien schönreden oder -rechnen. Für uns, die SPD, ist das schwer zu verdauen. Und doch bleibt die Feststellung: Es war eine Landtagswahl, keine vorgezogene Bundestagswahl – auch, wenn viele das so deuten wollen. Natürlich haben bundespolitische Themen, insbesondere die Streitereien um Maaßen, hier hereingespielt. Schließlich hat den ganzen Streit die CSU, also die bisher alleinregierende Bayern-Partei, verursacht. Ohne diesen Streit hätten andere Themen, die sich ja positiv auf die ganze Bevölkerung auswirken, die Schlagzeilen bestimmt: das Rentenpaket zum Beispiel.

Wie können sich die Volksparteien vor der Bedeutungslosigkeit retten?

Löbel: Volksparteien zeichnen sich dadurch aus, Politik für die breite Mitte der Gesellschaft zu machen. Die SPD hat diesen Anspruch schon lange aufgegeben. Die Grünen hatten nie diesen Anspruch. Es ist nun an CDU und CSU, diesen Anspruch nicht auch noch zu verlieren. Bei Zuwanderung etwa wünschen sich die Menschen eine andere Politik.

Binding: Wir müssen unser Profil schärfen. Dass die Kastration von Schweinen immer noch ohne Betäubung möglich sein soll, entspricht einfach nicht der Haltung der SPD. Oder der Fall Maaßen: Da versagt einer an allen Ecken und Enden und wird auch noch befördert. Wir brauchen mehr Haltung bei Dingen, die sich für die SPD von selbst verstehen sollten.

Meister: Die Stabilität der Volkspartei CDU hat maßgeblichen Anteil an Frieden, Freiheit und Wohlstand. Bei allem Murren über aktuelle Fragen sollten die grundsätzlichen Überlegungen deutlich werden.

Castellucci: In großen Koalitionen verwischen die Unterschiede. Deshalb sollte die Groko auch die Ausnahme bleiben. Wenn die linke und rechte

Volkspartei als glaubwürdige Alternativen gegenüberstehen, werden sie auch wieder stärker.

Barnett: Die gewählte Regierung muss das tun, was sie vereinbart hat. Mindestens genauso wichtig ist, dass wir Ängste der Menschen wahrnehmen und plausible, nachvollziehbare, vor allem: ehrliche Antworten geben! Wie werden wir die Arbeitswelt von morgen gestalten, die immer mehr Maschinen beschäftigt – wo bleibt der Mensch? Wie halten wir es mit den Steuern auf riesengroße Vermögen und Erbschaften? Wie schaffen wir es, Bildung im weitesten Sinne grundsätzlich kostenlos zur Verfügung zu stellen? Wie und in welcher Umwelt wollen wir in unseren Städten und auf dem Land in Zukunft leben? Wer diese Fragen klar und nachvollziehbar beantwortet, verschwindet nicht in die Bedeutungslosigkeit – die SPD will die Zukunft gewinnen und arbeitet an den Antworten!

Welche Möglichkeiten vergibt das konservative Lager, wenn der baye-rische Ministerpräsident Markus Söder eine Zusammenarbeit mit den Grünen ausschließt?

Löbel: Eine Koalition aus Grün und Schwarz kann funktionieren, das sehen wir in Hessen oder in Baden-Württemberg. Aber es kommt auf die Inhalte an. In Bayern sind die Grünen mit einem völlig unterschiedlichen Gegenentwurf zur CSU in den Wahlkampf gezogen. Die Rhetorik war von beiden Seiten hart an der Grenze des Erträglichen.

Binding: Söder lässt keinen Fehler aus. Diese Ausschließertitis ist grundfalsch. Man muss mit allen demokratischen Parteien reden und sehen, wo es Überschneidungen und Unterschiede gibt. Wie sich Parteien dann später in einer Regierung geben, ist eine andere Geschichte.

Meister: Ich vertrete die CDU als Partei des christlichen Menschenbildes. Über Koalitionsoptionen in Bayern entscheidet die CSU.

Castellucci: Herr Söder hat, glaube ich, zu wenig verstanden, dass er das Problem ist. Grundsätzlich sollten demokratische Parteien untereinander koalitionsfähig sein. Wenn es aber eine Koalition aus CSU und Freien Wählern geben sollte, läuft alles nur so weiter wie bisher.

Barnett: Das ist eine Frage, die Sie die CSU und die Grünen fragen müssen.

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen
Großdruckerei und Verlag GmbH

URL:

https://www.morgenweb.de/startseite_artikel,-politik-suche-nach-gemeinsamen-pfaden-_arid,1333888.html

Zum Thema

„Wir lassen die CSU auch allein gegen die Wand fahren“

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-politik-wir-lassen-die-csu-auch-allein-gegen-die-wand-fahren-_arid,1333913.html

Nach der Wahl ist vor der Wahl

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-politik-nach-der-wahl-ist-vor-der-wahl-_arid,1333918.html

Jeden Streit vermeiden

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-politik-jeden-streit-vermeiden-_arid,1333912.html